

## Ruanda zu Zeiten von COVID-19

Kigali, die Hauptstadt von Ruanda, gleicht einer Geisterstadt: Kaum mehr Fahrzeuge oder Menschen auf der Straße. Polizisten an den Straßenecken kontrollieren die Passierscheine. Ende April befindet sich Ruanda seit fast sechs Wochen im Lockdown. Nur mit einer polizeilichen Genehmigung darf sich in der Stadt fortbewegt werden. Was anfänglich nur für Autofahrer galt, gilt nun für alle Menschen. Das Tragen einer Maske ist Pflicht im öffentlichen Raum. Aber es gibt zwei Realitäten: Sobald die Hauptstraßen mit den großen Villen und Häusern verlassen und sich in die einfacheren Viertel begeben wird, sieht das Bild ganz anders aus: Viele Menschen sind auf der Straße, auch in größeren Gruppen, mal mit, mal ohne Maske.

Nicht jede\*r Ruander\*in kann es sich eben auch leisten, nicht auf der Straße zu sein: Wer mit einer großen Familie in einer 1 oder 2-Zimmer-Wohnung lebt, hat kaum eine andere Wahl. Arbeiten können/dürfen die Bewohner\*innen oft trotzdem nicht: Zahlreiche Sektoren, die den Menschen Arbeit bieten, wie das Bauwesen oder der Transportsektor stehen – bis auf wenige Ausnahmen - still.

Die zahllosen Mototaxifahrer und Tagelöhner\*innen, die den Unterhalt für sich und ihre Familien verdienen, gehen nun leer aus. Rücklagen besitzen sie nur in den seltensten Fällen. Der Staat hat ein Soforthilfeprogramm zur Verteilung von Lebensmitteln aus dem Boden gestampft. Verteilt werden die Lebensmittel von den kleinsten administrativen Einheiten, den Umudugudu. Die Anzahl der bedürftigen Familien steigt überall rapide an. Die bereitgestellten Lebensmittel reichen bei weitem nicht aus, und die meisten Menschen sind auf private Spenden angewiesen.

### Weitere Verschärfung der sozialen Ungleichheit

Das Coronavirus trägt zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Unterschiede bei, auf lokaler wie auch auf internationaler Ebene. Als am 13. März der 1. Fall dokumentiert wurde, wurden sogleich alle Schulen und Universitäten geschlossen, eine Woche später dann, bei einer Anzahl von 15 Fällen, der Lockdown beschlossen. Alle Flugverbindungen wurden eingestellt, nur noch Ruander\*innen und Menschen mit einem Wohnsitz in Ruanda dürfen einreisen. Ende April gab es offiziell 220 Fälle von Covid-19. Kaum eine Infektion fand im Inland statt, so zumindest die offiziellen Informationen. Während zu Beginn der Infektionswelle das Virus von Rückreisenden mitgebracht wurde, sind es in den letzten Apriltagen die LKW-Fahrer aus Tansania, die in Verdacht gerieten. Vor diesem Hintergrund fragen sich Beobachter\*innen, warum ein ganzes Land leiden muss, wenn doch die Anzahl der Fälle so niedrig ist, und es im Land keine Neuinfektionen gibt.

Die eingerichtete Corona-Hotline wurde denn auch öfter von Hungernden angerufen als von Menschen mit Symptomen. Deshalb, oder aus einem anderen Grund, lockerte die Regierung als erstes afrikanisches Land Anfang Mai die rigiden Ausgangsbeschränkungen. Wenngleich der Staatspräsident betont, dass der Kampf noch nicht vorbei sei, so durfte doch ab dem 4. Mai wieder gearbeitet werden. Natürlich sind nach wie vor zahlreiche Dinge weiterhin verboten, wie Massenveranstaltungen und Überlandfahrten. Auch gilt noch eine nächtliche Ausgangssperre von 20.00 Uhr bis 5.00 Uhr morgens und die Schulen bleiben bis September geschlossen. Wichtig ist der Regierung, dass die Grenzen überwacht werden. Die LKW-Fahrer aus Tansania dürfen künftig nicht mehr einreisen. Die Zollabfertigung erfolgt an der Grenze. Die LKWs werden von Einheimischen übernommen.

### Wirtschaftliche und politische Entwicklung nach 1994

Entscheidungen müssen im autoritär geführten Land nicht erklärt werden. Sie werden einfach verkündet. Und für die meisten Entscheidungen gilt, dass der Staat auch in der Lage ist, diese durchzusetzen.

Ruanda hat sich nach seinen dunklen Tagen, dem Genozid gegen die Tutsi im Jahr 1994 wirtschaftlich gut entwickelt, dies ist vor allem in Kigali zu sehen. Die offiziellen Statistiken weisen jährliche Wachstumsraten von rund 5% in den letzten zwei Jahrzehnten aus, in den letzten Jahren sogar über 8% und damit weit über dem regionalen Durchschnitt.<sup>1</sup> Zu dem hohen Wachstum trägt vor allem der Bausektor bei, aber auch der Dienstleistungssektor. Ein relevanter Wirtschaftszweig ist auch die Landwirtschaft, die noch immer nahezu 70% der arbeitsfähigen Bevölkerung bindet, jedoch nur rund 30% zum BIP beiträgt. Doch die Landwirtschaft ist auch der wichtigste Devisenbringer. 65 % der Exporteinnahmen stammen aus der Landwirtschaft, vor allem Tee und Kaffee werden exportiert, zunehmend auch Gemüse. Dennoch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Arbeitsproduktivität nirgends so niedrig ist wie im landwirtschaftlichen Sektor. Dies verwundert allerdings auch nicht angesichts des hohen Bevölkerungsdrucks und der geringen Flächenausstattung der zumeist auf Subsistenz ausgerichteten Familienbetriebe. Durchschnittlich beackern sie weniger als einen halben Hektar. Die Anbaumethoden haben sich für die meisten Betriebe in den letzten Jahrhunderten kaum geändert, für sie ist das wichtigste Arbeitsmittel die Handhacke. Wenngleich die natürliche Bodenfruchtbarkeit in einigen Teilen des Landes aufgrund seines vulkanischen Ursprungs recht hoch ist, so sind doch auch die Herausforderungen groß. Im Land der 1000 Hügel stellt Erosion

1 In ganz Subsahara-Afrika weist nur Äthiopien im Durchschnitt der letzten beiden Jahrzehnte ein höheres Wirtschaftswachstum auf.



Foto: A.Ullenberg

ein natürliches Problem dar, und auch der Klimawandel setzt der Landwirtschaft immer mehr zu. Während in den letzten Jahren die Regenzeit häufig später einsetzte als gewöhnlich, ist die kleine Trockenzeit in diesem Jahr ausgefallen. Überdurchschnittlich starke Niederschläge haben in den letzten beiden Regenzeiten mehrmals Flüsse über die Ufer treten lassen und Ernten vernichtet, zahlreiche Menschen sind ertrunken. Während in anderen Erdteilen zunehmende Trockenheit die Landwirtschaft herausfordert, ist es hier ein Zuviel an Niederschlägen, die vor allem durch ihre Heftigkeit ihr zerstörerisches Potential entfalten. In Kigali werden aktuell systematisch alle Gebäude in den Flussauen abgerissen, und der Natur zurückgegeben, um die Bevölkerung zu schützen. Für die oft informell gebauten Häuser werden allerdings auch keine Entschädigungen gezahlt. Bewohner\*innen müssen sich von heute auf morgen ein neues Domizil suchen.

Weitere Herausforderungen sind neben der Armut die hohe Rate von Mangel- und Fehlernährung, die seit einigen Jahren auf hohem Niveau verharrt. Die Stuntingrate bei Kleinkindern unter 5 Jahren liegt seit einigen Jahren konstant bei rund 38%. Das bedeutet, dass diese Kinder zu klein für ihr Alter sind, ein typisches Merkmal von Fehlernährung –

## Vision 2050

Allen Herausforderungen zum Trotz: Ruanda ist ein ehrgeiziges Land. Im Jahr 2018 wurde die Vision 2050 verabschiedet: In 15 Jahren soll Ruanda zu den middle-income countries gehören, im Jahr 2050 bereits zu den Ländern mit hohem Einkommen. Um dies zu erreichen, müsste Ruanda ein jährliches Wirtschaftswachstum (pro Kopf der Bevölkerung) von über 10% erreichen. Insbesondere durch die COVID-19 Pandemie rückt dieses Ziel in eine unbekannte Ferne. Besonders entwickelt werden sollen neben der Landwirtschaft und dem Baugewerbe auch der (High-End-) Tourismus sowie ICT-Dienstleistungen und der Export, vor allem in die Region. Für ein kleines dichtbesiedeltes Binnenland wie Ruanda, welches mit hohen Logistik- und Transportkosten konfrontiert ist, ist dies grundsätzlich keine schlechte Strategie.

Wichtiger Wachstumsmotor ist die Baubranche. In der „City of Kigali“ schießen Hochhäuser wie Pilze aus dem Boden, der „Masterplan“ zeigt eine futuristische Stadt mit vielen Wolkenkratzern, Singapur stand Pate bei dessen Entwicklung. Kürzlich fertiggestellt wurden die Kigali-Arena, im Jahr 2016 das Convention Center mit

dem Hotelkomplex Radisson Blue, und aktuell im Bau befindet sich der neue Flughafen, etwas außerhalb von Kigali, in Bugesera. Das Convention Center mit dem 5-Sterne-Hotel Radisson Blue ist Teil der Strategie, das hochpreisige Segment internationaler Ausstellungen und Konferenzen und den Tourismus zu bedienen.

Die Großbaustellen, gleichwohl oft von ausländischen Firmen gemanagt, die qualifiziertes Personal und auch wesentliche Bauteile mitbringen, ziehen zahlreiche Menschen vom Lande in die Stadt. Wie weltweit schreitet die Urbanisierung voran. Gerade der Bausektor bietet den oft gering qualifizierten Arbeitskräften vergleichsweise gute Einkommensmöglichkeiten.

Armut ist trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte noch ein großes Problem. Landesweit leben knapp 40% unterhalb der Armutsgrenze, auf dem Lande sind es überdurchschnittlich viele. Covid-19 bzw. die mit dem Auftreten des Virus verbundenen Einschränkungen des wirtschaftlichen Lebens, treffen jedoch die Stadtbevölkerung härter: Seit das Coronavirus im Land ist, stehen viele Baustellen still und kein Tourist kommt mehr ins Land. Dagegen geht die landwirtschaftliche Produktion weiter. Sie ist der einzige Sektor, der nicht oder wenig – auch hier gibt es Berichte über fehlende Transportmöglichkeiten und Stornierungen großer Bestellungen – von den Einschränkungen betroffen ist.

Ruanda ist stolz auf seine hohen Einschulungsraten: jedoch verlassen viele Kinder die Schulen vorzeitig und immer noch macht die Umstellung von Französisch auf Englisch im Jahre 2009, die in den Schulen vom einen Tag auf den anderen umgesetzt wurde, vielen Menschen zu schaffen. In den meisten Schulen fehlen qualifizierte Lehrkräfte. Das hohe Bevölkerungswachstum führt dazu, dass auch die Klassengröße immer weiter anwächst, und so beklagen nicht nur Arbeitgeber\*innen und Professor\*innen das anhaltend niedrige Bildungsniveau. Investitionen in den Bildungssektor sind Langfristinvestitionen. Sie zeigen Erfolge erst in Jahrzehnten, daher sind sie in vielen Ländern so unbeliebt. Aber ohne massive Anstrengungen im Bildungsbereich lassen sich die Ziele der Vision 2050 nicht erreichen. Warum der Schulbetrieb bis September eingestellt wird, statt nach kreativen Lösungen zu suchen, um die Infektionsgefahr in Schulen zu reduzieren, erschließt sich nicht.

## Kritik unerwünscht

Wenn für einige der entwicklungspolitischen Fragen vermeintliche Lösungen einfach zu sein scheinen, sind innerruandische Konflikte

nien weiterhin komplex: Im April 2020 gedachte Ruanda, diesmal wegen Corona mehr im Stillen, des 26. Jahrestag des Beginns des Genozids. Nicht einmal eine Generation ist es her, als die nackte Gewalt das Land beherrschte, Hunderttausende getötet wurden und die Gesellschaft spaltete.

Die Auswirkungen prägen bis heute die Organisation des Staates. Externe Einmischungen in die internen Angelegenheiten verbietet sich Staatspräsident Paul Kagame mit dem Verweis auf das Versagen der internationalen Gemeinschaft im Jahr 1994: Damals, so der Vorwurf, sahen die UN-Truppen tatenlos zu und ließen den Genozid gegen die Tutsi geschehen.

Seit nun bereits 20 Jahren führt der Präsident das Land mit starker Hand. Kritik an seinem Führungsstil ist unerwünscht. Wer gegen diese Regel verstößt, lebt gefährlich. Oppositionspolitiker werden inhaftiert. Ungeklärte Todesfälle werden auch aus ruandischen Gefängnissen berichtet. Wenn es schon vor Corona schwierig war, unabhängige Informationen zum Thema Menschenrechte zu erhalten, so schwindet aktuell die Aufmerksamkeit für dieses Thema noch mehr. Grundsätzlich stellen sich viele die Frage, wie in einem Klima, in dem Angst, Willkür und absoluter Gehorsam herrschen, etwas Neues, Positives entstehen soll.

Kritiker bezweifeln, dass in dem zwar offiziell marktwirtschaftlichen System mit seinen gleichzeitigen starken staatlichen Eingriffen und dem großen Einfluss der Regierungspartei, dies nachhaltig möglich sein wird. Große Firmen sind fast alle in der Hand des Staates – oder der regierenden Partei. Nicht nur, dass es darüber einen direkten Einfluss auf diese Unternehmen gibt, die Partei sichert sich dadurch auch ihre Finanzierung. Jede\*r Beschäftigte\*r dieser Unternehmen entrichtet einen monatlichen Obolus an die Partei, natürlich freiwillig. Der Bauboom wird getragen von öffentlichen Investitionen, ungeachtet, ob die Bauten auf eine entsprechende Nachfrage stoßen. Zahlreiche Bürogebäude stehen leer, da hilft auch nicht ein neues Gesetz, das Nichtregierungsorganisationen verbietet, in Wohngebäuden ihr Büro zu errichten. Auch in die Landwirtschaft greift der Staat massiv ein: unabhängig davon, ob Bäuerinnen und Bauern wollen oder nicht, sie werden mehr oder weniger gezwungen, Mitglied einer der zahllosen Genossenschaften zu werden. Oft verstehen Bäuerinnen und Bauern gar nicht, wofür, und bei der niedrigen Alphabetisierungsrate auf dem Lande ist es schwer, ausreichend qualifizierte Leute zu finden, um eine Perspektive für die Genossenschaft zu entwickeln. Für Gunststandorte schreibt der Staat sogar die Anbaukultur vor. Den häufig auf Sub-

sistenz ausgerichteten Familienbetrieben wird abgesprochen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Die vermeintlichen Vorteile, wie die Realisierung von *economies of scale* bei Ein- und Verkauf, stehen im Kontrast zur Entwicklung von Fehl- und Mangelernährung: Statt einer Vielfalt von landwirtschaftlichen Produkten liefert der Betrieb jetzt nur noch eine Frucht, der Rest muss zugekauft werden. Zusätzlich erhöht die einseitige Ausrichtung im Falle einer Missernte das Risiko für die Betriebe enorm.

### Gemeinschaftsdienst Umuganda

Ähnlich wie in der Sowjetunion gibt es auch in Ruanda einen Dienst für die Gemeinschaft: Jeden letzten Samstag im Monat ist *Umuganda*, das heißt „Gemeinschaft“. In jedem Viertel wird jeweils eine Maßnahme identifiziert, die zum Wohle der Gemeinschaft durchgeführt wird, sei es das ein Wassergraben gereinigt, Bäume gepflanzt oder eine Brücke gebaut wird. Dafür muss jeder Haushalt ein Mitglied bereitstellen. Diese Idee von gemeinsamen Aktivitäten aller, ungeachtet der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Klassen, zum Wohl der Gemeinschaft wird bei vielen westlichen Beobachtern als gute Idee gesehen und von der ruandischen Seite als „home grown solution“ vertreten. Vor dem geschichtlichen Hintergrund Ruandas hat der Dienst auch noch eine andere Komponente: im anschließenden gesellschaftspolitischen Diskurs, der immer ganz im Sinne der Regierungspartei geführt wird, werden die Nachrichten von „ganz oben“ verkündet und haben für viele auch ein gewisses „Geschmackl“ (ähnlich der berühmten Kehrwoche...)

Strategie und Vision des Landes heben die Notwendigkeit einer starken Einbindung in den regionalen Markt hervor. Wie um diese Bedeutung zu unterstreichen, hat sich Staatspräsident Kagame im Februar 2019 zum Vorsitzenden der East African Community wählen lassen. Ziel dieser Gemeinschaft ist es einen gemeinschaftlichen Markt mit einer gemeinsamen Währung zu schaffen, nach dem Vorbild der EU. Doch tatsächlich kommt dieser Prozess nicht voran. Die Beziehungen zwischen Ruanda und einigen Nachbarländern sind arg gespannt, insbesondere zu Uganda und Burundi. Mit seinem ehemaligen Freund und Ziehvater Präsident Museveni hat er sich derart überworfen, dass Ruander\*innen seit über einem Jahr empfohlen wird, die Grenze zu Uganda nicht zu überqueren. Der gesamte Warenverkehr aus Übersee, der bis Ende 2018 über Uganda ins Land kam, läuft heute über Tansania, zu entsprechend höheren Kosten.



Congress Center Kigali

Foto: A.Üllenberg

## Viel Gottvertrauen

Wie sich die Pandemie in den Nachbarländern entwickelt hat, ist nur sehr schwer einzuschätzen. In Tansania hält Präsident Magufuli wenig von Ausgangssperre und Herunterfahren der Wirtschaft, verkündet stattdessen, dass das Virus nicht im Körper von Christen überleben könne. Gottesdienste und Moscheebesuche dürfen daher auch weiterhin stattfinden. Offiziell gibt es 480 Coronafälle (Mai 2020), aber die Dunkelziffer ist hoch, und von den 480 Menschen sind 180 an einem Tag identifiziert worden. In den letzten zwei Aprilwochen sind drei Abgeordnete gestorben – allerdings steht dies offiziell nicht im Zusammenhang mit Covid-19.

Auch mit Burundi ist das Verhältnis angespannt. Ethnische Zugehörigkeit gehört – anders als in Ruanda – dort zur tagtäglichen Politik. Die dortige Hutu-Regierung macht der Tutsi-Minderheit das Leben schwer, immer mehr von ihnen fliehen nach Ruanda. Über 70.000 Flüchtlinge aus Burundi leben mittlerweile in Ruanda, davon über 60.000 in Mahama, dem größten Flüchtlingscamp in Ruanda, unweit der Grenze zu Tansania. An der Grenze zu Burundi, beim Nyungwe Nationalpark gab es in den letzten Monaten einige Überfälle mit mehreren Toten, angeblich ausgeführt von Rebellen aus Burundi. Was Corona angeht, so vertraut auch die burundische Regierung auf Gott: „Fürchtet Euch nicht. Gott liebt Burundi, und wenn es Menschen gibt, die positiv getestet wurden, dann ist es, damit Gott seine Macht in Burundi zeigen kann.“ Mit diesen Worten richtete sich General Ndayishimiye, der Kandidat der Regierungspartei für die Präsidentschaftswahlen im Mai, unlängst an das Volk. Daher gibt es aus Sicht der burundischen Regierung auch keinen Grund, das öffentliche Leben einzuschränken oder zum Beispiel die Präsidentschaftswahlen, datiert auf den 20. Mai 2020, zu verschieben. Sollten die kommunizierten Zahlen in Höhe von 15 Fällen die Wirklichkeit widerspiegeln, so besteht allerdings auch noch kein Grund zur Panik.

Größtes Nachbarland ist die DR Kongo. Seit dem Amtsantritt von Präsident Félix Tshisekedi hat sich das offizielle Verhältnis zwischen den Ländern spürbar verbessert. Dies ist wichtig, da das

Schicksal von Ruanda eng mit dem des Kongo verknüpft ist. Goma ist der am stärksten frequentierte Grenzübergang in ganz Afrika, in den Provinzen Nord- und Südkivu leben noch immer mehrere Hunderttausende ruandische Flüchtlinge, und hier an der Grenze zum Virunga-Nationalpark liegt auch das Hauptquartier der FDLR, eine der wichtigsten und stärksten Rebellengruppen im Osten Kongos, zu der sich verschiedene Hutu-Gruppierungen im Kampf gegen die Regierung in Kigali zusammengeschlossen haben. Der Zentralstaat aus Kinshasa ist in den Weiten der DR Kongo kaum wahrnehmbar, der Gesundheitssektor ist wie alle anderen Sektoren marode. Normalerweise lässt sich die politische Elite außerhalb des Landes medizinisch versorgen, diesmal hat sie den Virus ins Land geschleppt. Diesmal traf es die korrupte Elite zuerst. Zahlreiche Regierungsmitglieder, die zuvor in Europa waren, wurden positiv getestet. Der Bruder des Wirtschaftsministers starb als einer der ersten Kongolesen an den Folgen von Covid-19. Kinshasa wurde isoliert, doch zu spät, das Virus ist bereits im Osten des Landes angekommen. Die Zahlen der Neuinfektionen steigen.

## Katastrophe bislang ausgeblieben

Bislang ist in Afrika die große Covid-19 Katastrophe ausgeblieben. In ganz Afrika sind knapp „nur“ 40.000 Fälle von Corona gemeldet. Die meisten Länder Afrikas haben frühzeitig sehr restriktive Maßnahmen ergriffen. Das lässt hoffen. Allerdings ist schwer vorstellbar, dass auch ein Land wie die DR Kongo, halb so groß wie die gesamte EU, ohne funktionierende staatliche Strukturen, in der Lage ist, das Virus schnell unter Kontrolle zu bringen. Demgegenüber zeigt sich Ruanda um ein Vielfaches schlagkräftiger. Berechtigterweise werden hier die Maßnahmen gelockert, und die Wirtschaft atmet auf, auch wenn sie einen herben Rückschlag zu verwinden hat, und es wohl noch einige Zeit dauern wird, bis wieder Touristen ins Land kommen. Bis sich die Vision vom „Singapur Afrikas“ realisiert, werden die Ruander\*innen noch etwas länger warten müssen.

**Alfons Üllenberg** lebt seit zwei Jahren als Gutachter der Entwicklungszusammenarbeit in Ruanda.

### Liebe Leser, liebe Leserinnen, liebe Mitglieder von FIA e.V.,

Ich weiß nicht, unter wie vielen Agrar Infos in den Jahren mein Name stand. Es waren viele. Dies ist nun das letzte. Ich werde meine Arbeit bei der Agrar Koordination beenden. Ich bin dankbar für die vielen spannenden und aufregenden Zeiten, vor allem für die Begegnung mit Menschen aus aller Welt, die sich für mehr globale Gerechtigkeit einsetzen und von denen ich so viel lernen durfte. Einige haben mich lange begleitet. Nun kommt eine neue Lebensphase. Ich werde weiter entwicklungspolitisch aktiv sein und meine Erfahrungen einbringen. Wer möchte, darf mich gerne kontaktieren.

Als ich 1995, damals mit einem DÜ Inlandsvertrag, anfang, stand das Thema der genetischen Vielfalt in der Landwirtschaft bei den deutschen NRO noch nicht weit oben auf der Agenda. In den folgenden Jahren ist es uns dann gelungen, das zu ändern. Heute haben viele Menschen ein Bewusstsein dafür, dass unsere Ernährungsgrundlage gefährdet ist, engagieren sich für Sortenvielfalt und gegen Gentechnik. Für mich wurde dieses Thema zu „meinem Thema“, denn ich hatte in Sambia gesehen wie Bauern und Bäuerinnen ihre Sorten züchteten und wie wichtig dies war. Das ist ein Erfolg. Trotzdem bleiben die anderen großen Themen leider so aktuell wie damals: Die ungleiche Verteilung von Chancen und Ressourcen, ungerechte Handelsbeziehungen, Umweltzerstörung und eine Agrar- und Entwicklungspolitik die nicht entsprechend han-

deln. Dazu gekommen ist der Klimawandel, aber auch viel mehr junge Menschen, die ein ganz anderes, globaleres, Weltbild haben als von 30 Jahren. Das lässt mich trotz allem hoffen.

Die gegenwärtige Corona Pandemie führt uns bestens vor Augen, dass alle Menschen im gleichen Boot sitzen, dass wir eine globale Herausforderung nur gemeinsam bewältigen können und nationale Alleingänge völlig überholt sind. Der Klimawandel, Corona Viren und Artensterben machen keinen Unterschied. Wir schaffen es zusammen oder gar nicht. Panikmache gilt nicht, aber auch kein „Kopf in den Sand“. Es braucht nüchterne, wissenschaftlich begründete Entscheidungen, die auch weh tun dürfen und Politiker\*innen, die sich trauen, den Bürger\*innen etwas zuzumuten, ohne immer gleich an die vermeidlichen Stimmenverluste zu denken. Die Mitglieder von FIA e.V. engagieren sich in diesem Umfeld und geben nicht auf. Machen Sie weiter!

Es bleibt mir nur noch zu sagen. „Danke, für eine gute Zeit, gute Ideen, Gespräche und für alle Unterstützung die Sie uns gegeben haben.“

Am 1.7. beginnt unsere neue Mitarbeiterin Jana Zotschew. Wir wünschen ihr Erfolg und Freude bei den Aufgaben, die vor ihr liegen.

In Hamburg sagt man „Tschüss“.

Ihre Ursula Gröhn-Wittern

## IMPRESSUM

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 für die E-Mailausgabe und 16,80 für die Druckausgabe (Lastschrift) inklusive Porto für den Versand im Inland. Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

**Herausgeber:** Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig).

Spendenquittungen werden ausgestellt.

**Redaktion:** Agrar Koordination, Ursula Gröhn-Wittern, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

**Bankverbindung:** Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank, IBAN: DE29 4306 0967 2029 5635

**Druck:** RESET ST. PAULI Druckerei, 100 % recycling Papier

Diese Publikation wird unterstützt von:

**Brot für die Welt** mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

**NUF**  
NORDDEUTSCHE STIFTUNG  
FÜR UMWELT UND ENTWICKLUNG

**MISEREOR**  
IHR HILFSWERK